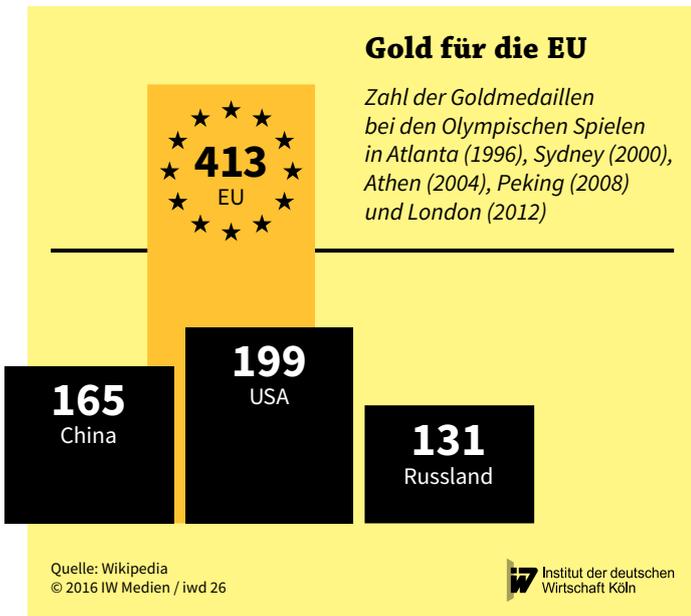


Zahlen und Medaillen



Olympia. Mit 11 Milliarden Dollar wird das krisengeschüttelte Brasilien für die Sommerspiele 2016 wohl nur rund ein Fünftel so viel Geld ausgeben wie Russland für die Winterspiele 2014 in Sotschi. Und noch etwas steht bereits fest: Würden die EU-Mitgliedsstaaten nicht einzeln, sondern als ein gemeinsames Team antreten, würden sie den Seriensieger USA weit hinter sich lassen.

→ [Seiten 2-4](#)

Mensch oder Maschine?

Digitalisierung. Seit der Erfindung der Dampfmaschine haben die Menschen Angst, ihre Arbeitsplätze an Maschinen zu verlieren. Wie eine neue Studie zeigt, ist diese Gefahr im Zeitalter der Digitalisierung jedoch viel kleiner als bislang angenommen.

→ [Seite 6](#)



Alles hat seinen Preis

Mindestlohn. 2017 wird der Mindestlohn voraussichtlich von 8,50 auf 8,84 Euro steigen. Bislang hat die gesetzliche Untergrenze dank einiger Sondereffekte zwar weniger Jobs gekostet als erwartet. Dafür sind jedoch die Preise – vor allem in Ostdeutschland – zum Teil kräftig gestiegen. Teurer geworden sind insbesondere Dienstleistungen.

→ [Seite 5](#)

Besser entscheiden

Verbraucherschutz. Menschen treffen ihre Entscheidungen selten rational. Damit die Verbraucher in der Informationsflut nicht untergehen und besser urteilen können, hat die Verhaltensökonomik ein neues Konzept entwickelt – es verbessert die Entscheidungen der Menschen, ohne ihre Wahlfreiheit einzuschränken.

→ [Seiten 8-9](#)

Aktien? Was ist das?

So viel Prozent der Befragten sagen dies über Aktien



Stand: 2014/2015

Quelle: Verbraucherzentrale Bundesverband
© 2016 IW Medien / iwd 26

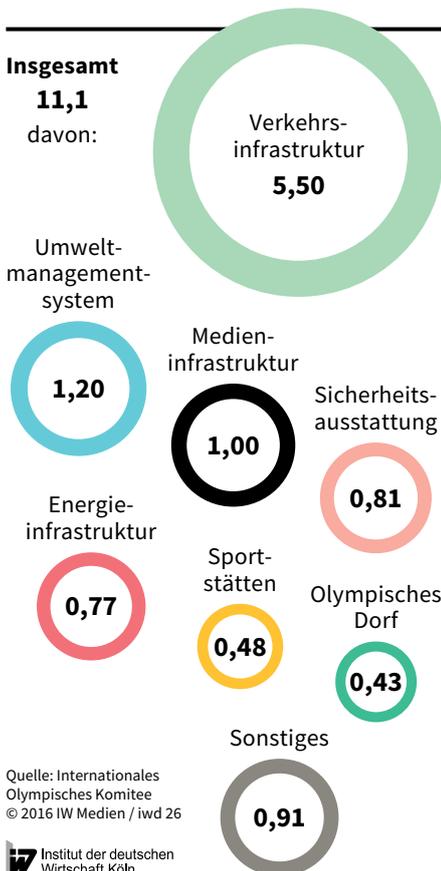
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Olympia ökonomisch

Sport. „Lebe deine Leidenschaft“ lautet das Motto von Rio 2016, aber mit Luft und Liebe allein sind Olympische Spiele nicht zu stemmen. Gut 11 Milliarden Dollar hat das wirtschaftlich gebeutelte Brasilien den Planungen zufolge in Olympia investiert – und ist damit sogar vergleichsweise sparsam.

Olympia 2016: Geld und Spiele

Investitionen für die Olympischen Spiele, die nicht vom Organisationskomitee der Spiele gedeckt sind, sondern aus anderen staatlichen oder privaten Quellen finanziert werden müssen, in Milliarden Dollar



Quelle: Internationales Olympisches Komitee © 2016 IW Medien / iwd 26

Kaum ist die Fußballeuropameisterschaft vorbei, steht schon das nächste sportliche Großereignis vor der Tür: Am 5. August beginnen die Olympischen Sommerspiele 2016 in Brasilien. Erstmals ist mit Rio de Janeiro eine südamerikanische Stadt Gastgeber der Wettkämpfe.

Für das wirtschaftlich nicht gerade auf Rosen gebettete Brasilien sind die Spiele das zweite – kosten-trächtige – Highlight des Sports innerhalb von zwei Jahren. Schon als Gastgeber der Fußballweltmeisterschaft 2014 hatte das Land viel Geld in die Hand genommen – mit Blick auf Olympia bringt die zeitliche Nähe aber durchaus Vorteile. Denn Rio de Janeiro hat bei der Planung der olympischen Wettkampfstätten maßgeblich sowohl von der Fußball-WM als auch von den 2007 ausgetragenen Panamerikanischen Spielen profitiert: 10 der 33 Austragungsorte hatten nicht einmal Renovierungsarbeiten nötig – und nur 8 Sportstätten mussten extra für Olympia errichtet werden.

Auch deshalb markieren die Sommerspiele 2016 keinen neuen finanziellen Rekord (Grafik):

Insgesamt belaufen sich die geplanten Investitionen, die nicht vom Organisationskomitee der Spiele übernommen werden, sondern aus anderweitigen privaten und staatlichen Mitteln gedeckt werden müssen, auf gut 11 Milliarden Dollar.

Im Vergleich zu den Winterspielen 2014 in Sotschi ist das ein fast schon bescheidenes Sümmchen: Die

Russen investierten in ihr an Gigantomanie kaum zu überbietendes Projekt mehr als 50 Milliarden Dollar (vgl. iwd 9/2014). Aber auch das als besonders nachhaltig geltende London 2012 war nach Angaben des britischen Sportministeriums mit Kosten von 9,3 Milliarden Pfund spürbar teurer – zu damaligen Wechselkursen und Preisen entsprach dies knapp 15 Milliarden Dollar.

Am stärksten schlagen in Rio mit 5,5 Milliarden Dollar die Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur zu Buche, die Wettkampfstätten sollen lediglich 479 Millionen Dollar kosten. Schön für Athleten und Zuschauer – und später vielleicht auch für die bekanntermaßen sportbegeisterten Einwohner der Stadt unterm Zuckerhut: Mit Ausnahme des Segelreviers und einiger Fußballstadien liegen alle Sportstätten in einem Umkreis von höchstens 40 Kilometern um das olympische Dorf.

Eines ist sicher: Bei den Sommerspielen 2016 spielen nicht nur ideelle Werte wie Leidenschaft eine Rolle, sondern auch handfeste monetäre, nämlich Investitionen in die Infrastruktur. Gut gebrauchen können die wirtschaftlich gebeutelten Brasilianer derzeit beides. Ob Olympia jedoch die gewünschten Impulse für die Wirtschaft bringt, bleibt abzuwarten. Von der Fußball-WM am Zuckerhut lässt sich das eher nicht sagen: In den Jahren 2009 bis 2014 sind die Anteile der gesamtwirtschaftlichen Investitionen am brasilianischen Bruttoinlandsprodukt sogar gefallen.

Tiefe Formkrise

Brasilien. Während die Sportler bei den anstehenden Olympischen Spielen topfit auf Medaillenjagd gehen, präsentiert sich die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas in erschreckend schwacher Form. Die Politik verharrt im Chaos, die Wirtschaftsleistung schrumpft und viele strukturelle Probleme bleiben ungelöst.

Vor nicht allzu langer Zeit gehörte Brasilien zu den Musterschülern unter den Schwellenländern. Die Wirtschaft wuchs kräftig und ausländische Unternehmen setzten große Hoffnungen in die Zukunft des Landes – laut Weltbank flossen allein im Jahr 2011 annähernd 100 Milliarden Dollar an ausländischen Direktinvestitionen ins Land.

Doch inzwischen ist vom Wirtschaftswunder am Zuckerhut fast nichts mehr übrig (Grafik):

Im Jahr 2015 ist das brasilianische Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um fast 4 Prozent geschrumpft – die wohl schwerste Rezession in der Geschichte des Landes.

Vor allem das ewige Gezerre um die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff ist Gift für das Investitionsklima im Land. Die Unternehmen streichen massenhaft Stellen, die Arbeitslosenquote beträgt mehr als 11 Prozent und ist damit so hoch wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Und die Verbraucher leiden unter der hohen Inflation, die ihre Kaufkraft schwächt.

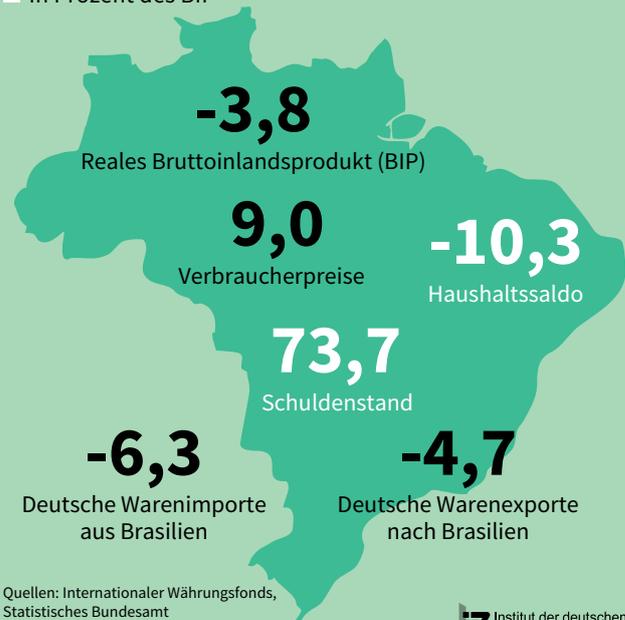
Auch der Staat steckt in finanziellen Schwierigkeiten: Das Haushaltsdefizit hat 2015 die Marke von 10 Prozent des BIP überschritten und die Schuldenquote ist allein seit 2014 um mehr als 10 Prozentpunkte auf annähernd 74 Prozent des BIP gestiegen.

Bessern wird sich die Lage vorerst kaum. Denn das Land muss nicht nur die politische Krise bewältigen, sondern auch eine Reihe gravierender Strukturprobleme lösen. Eine Mammutaufgabe besteht darin, die Infrastruktur zu modernisieren und auszubauen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen. Der Staat muss auch das Rentensystem anpacken und dessen Finanzierung in den Griff bekommen – derzeit

Brasilien in Zahlen

im Jahr 2015

■ Veränderung gegenüber 2014 in Prozent
□ in Prozent des BIP



Quellen: Internationaler Währungsfonds, Statistisches Bundesamt
© 2016 IW Medien / iwd 26

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

gehen viele Brasilianer schon mit 55 Jahren in den Ruhestand.

Zudem beruht das Wirtschaftsmodell Brasiliens nach wie vor zu stark auf der Förderung und dem Export von Rohstoffen wie zum Beispiel Erzen. Folglich haben die aktuell niedrigen Preise auf den Rohstoffmärkten den Abwärtstrend der brasilianischen Wirtschaft noch beschleunigt.

Diese Turbulenzen machen auch den deutschen Exporteuren schwer zu schaffen. Im Jahr 2014 war Brasilien für die deutsche Industrie der wichtigste Absatzmarkt in Lateinamerika. Vor allem Maschinen, Chemieprodukte sowie Fahrzeuge gehören zu den bedeutenden Exportgütern. Doch zuletzt sind die Ausfuhren stark zurückgegangen:

Im Jahr 2015 verringerten sich die deutschen Warenexporte nach Brasilien um fast 5 Prozent, in den ersten vier Monaten des Jahres 2016 lagen sie sogar um gut 17 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Besonders betroffen ist die Automobilindustrie, deren Lieferungen an Brasilien 2015 um gut ein Viertel geringer ausfielen als ein Jahr zuvor. Für 2016 zeichnet sich eine ähnlich negative Entwicklung ab.

Kommentar. Seit Jahren kriselt es auf dem alten Kontinent und der Wirtschaftsraum verliert international an Gewicht – kein Wunder, dass es so etwas wie europäisches Selbstvertrauen kaum gibt. Zumindest einen Grund, stolz zu sein, hätten die Europäer ja, sagt **Axel Plünnecke**, Leiter des Kompetenzfelds Bildung, Zuwanderung und Innovation beim IW Köln. Dazu müssten sie sich aber auch als Europäer verstehen – und es sportlich nehmen.



Foto: Straußmeier

Europa? Europa!

Finanzkrise, Schuldenkrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise – für viele Europäer gibt es derzeit weniger Anlass als je zuvor, die nationale Brille abzusetzen und aus dem Gemeinsamen Markt sowie der Wirtschafts- und Währungsunion eine politische Union zu machen, also zu einem großen Ganzen zusammenzuwachsen. Im Gegenteil: Die Briten wollen die EU verlassen, in anderen

Mitgliedsländern spielen Rechtspopulisten mit ähnlichen Gedanken und einige Staaten haben sogar schon wieder Zäune aufgestellt und ihre Grenzen dichtgemacht. Die Welt globalisiert, Europa macht sich klein und kleiner. Kein Mumm für den großen Sprung, keine Vision, keine Aufbruchstimmung, keine gemeinsame Identität.

Oder doch?

Man stelle sich einmal vor, bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro treten nicht Deutschland, Frankreich, Polen, Luxemburg und all die anderen EU-Mitglieder mit ihren jeweiligen Teams an, sondern die EU als Ganzes. Wer dann im Medaillenspiegel ganz oben steht, ist keine Frage – Europa natürlich! Der Seriensieger USA kann genauso einpacken wie die Sportgroßmächte China und Russland – gegen Europa haben sie nicht den Hauch einer Chance.

Schon im Jahr 2000 in Sydney haben die Europäer rund doppelt so viele Goldmedaillen geholt wie die USA (Grafik) – und damals bestand die EU nur aus 15 Mitgliedern. Bei den Olympischen Spielen 2012 in London belegte die inzwischen aus 27 Mitgliedern bestehende EU 92 erste Plätze und damit mehr als die USA und China zusammen – obwohl diese beiden Nationen mit ihren insgesamt 1,6 Milliarden Einwohnern gut dreimal so groß sind wie Europa.

Und by the way: Auch ohne die britischen Goldmedaillen hätte es für die EU in London locker zu Platz eins gereicht.

Olympiasieger EU

Zahl der Goldmedaillen

	London 2012	Peking 2008	Athen 2004	Sydney 2000	Atlanta 1996
EU	92	87	80	79	75
USA	46	36	36	37	44
China	38	51	32	28	16
Russland	22	23	28	32	26

Bis 2000: EU-15, 2004: EU-25, danach EU-27

Ursprungsdaten: Wikipedia
© 2016 IW Medien / iwd 26

Höhere Löhne, höhere Preise

Mindestlohn. Der gesetzliche Mindestlohn, der dem Beschluss der Mindestlohn-Kommission zufolge 2017 von 8,50 auf 8,84 Euro steigen soll, hat zwar vor allem in Ostdeutschland zu erheblichen Preisanhebungen geführt. Er hat aber offenbar weniger Jobs gekostet als erwartet – dank einiger Sondereffekte.

Mit der Einführung des Mindestlohns Anfang 2015 sind Minijobs abgebaut und im Gegenzug sozialversicherungspflichtige Stellen aufgebaut worden.

Die Zahl der Zugänge in geringfügige Beschäftigung lag im Januar 2015 um 73.900 niedriger als im Jahresdurchschnitt 2014 – die Zahl der Zugänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dafür um 94.500 höher.

Nicht geklärt ist bislang, ob dabei unter dem Strich Stellen verloren gegangen sind. Immerhin lassen sich gut 40 Prozent des Rückgangs der Minijobs nicht mit einer Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erklären. Das spricht für einen gesamtwirtschaftlichen Abbau – das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schätzt ihn auf 40.000 bis 60.000 Stellen.

Unstrittig ist dagegen, dass der Mindestlohn die Preise nach oben getrieben hat. Im Taxigewerbe sind sie 2015 bundesweit um 12 Prozent gestiegen. Im besonders stark vom Mindestlohn betroffenen Osten sind Friseurleistungen um 8 Prozent teurer geworden, chemische Reini-

gungen um 6 Prozent und Restaurantbesuche um 5 Prozent.

Wie der Mindestlohn die Lohnstruktur verändert hat, lässt sich besonders gut am Sektorservice zeigen. Dort stiegen die Bruttolöhne je Stunde im ersten Quartal 2015 gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal im Westen um 1,6 Prozent, im Osten um 3,9 Prozent (Grafik).

An- und ungelernte Arbeitnehmer konnten sich Anfang 2015 über deutliche Lohnsteigerungen freuen, vor allem im Osten. Dort bekamen Ungelernte 9,5 Prozent und Angelernte 7,3 Prozent mehr Geld.

Diese Entwicklung verteuert einfache Arbeit. Dadurch steigt das Risiko dieser Beschäftigtengruppe, im nächsten Konjunkturabschwung von einem Stellenabbau überproportional betroffen zu sein.

Die Hoffnung der Mindestlohnbefürworter, die Zahl der Aufstocker werde deutlich sinken, hat sich nicht erfüllt. Sie lag im Januar 2015 nur um 11.000 niedriger als im Jahresdurchschnitt 2014.

Aus IW-Trends 2/2016
Hagen Lesch, Christoph Schröder: Ein Jahr gesetzlicher Mindestlohn – Ein Faktencheck
iwkoeln.de/ein-jahr-mindestlohn

Wo der Mindestlohn wirkt

Durchschnittliche Zunahme der Bruttostundenverdienste im Dienstleistungssektor gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in Prozent

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	I/2015	IV/2015	I/2015	IV/2015
Insgesamt	1,6	0,8	3,9	3,2
Arbeitnehmer in leitender Stellung	2,2	1,1	3,2	3,6
Herausgehobene Fachkräfte	2,0	1,2	2,8	2,6
Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung	1,9	1,6	4,3	4,0
Angelernte	2,5	2,1	7,3	5,1
Ungelernte	2,5	2,4	9,5	7,9

Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer ohne Minijobber; ohne Sonderzahlungen

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2016 IW Medien / iwd 26

Mehr Chancen als Risiken

Digitalisierung. Selbstfahrende Autos, Roboter als Krankenpfleger und Drohnen als Paketzusteller – die Digitalisierung der Arbeitswelt, so fürchten manche, könnte vielen Menschen die Arbeit wegnehmen. Tatsächlich aber ist die Automatisierung kein Jobkiller – und könnte die Fachkräfteengpässe in vielen Bereichen lindern.

„Die Digitalisierung gefährdet Millionen Jobs“ – Schlagzeilen wie diese prägen die öffentliche Debatte um die Potenziale der Digitalisierung und Automatisierung. Eine Untersuchung von zwei Wissenschaftlern der University of Oxford scheint dies zu bestätigen. Ihr zufolge arbeiten 47 Prozent der US-Beschäftigten in Berufen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in zehn bis 20 Jahren automatisiert werden können.

Doch eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigt: Das Risiko, dass Menschen durch Maschinen ersetzt werden, ist viel geringer als bislang angenommen. Während die Oxford-Forscher auf die Berufe blicken, konzentriert sich das ZEW auf das Automatisierungspotenzial von Tätigkeiten. Denn, so nehmen die Mannheimer an, es werden weniger ganze Berufe als vielmehr einzelne Tätigkeiten automatisiert. Zudem verrichten nicht alle Personen einer Berufsgruppe stets dieselben Tätigkeiten. Das ZEW-Ergebnis:

Im Schnitt von 21 OECD-Ländern üben 9 Prozent aller Arbeitnehmer automatisierbare Tätigkeiten aus.

Die einzelnen Länder unterscheiden sich allerdings deutlich (Grafik):

Der Anteil der Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit automatisieren lassen, reicht von 6 Prozent in Südkorea bis 12 Prozent in Österreich und Deutschland.

Hohe Wahrscheinlichkeit heißt übrigens: mindestens 70 Prozent. Die USA hätten demnach 9 Prozent Beschäftigte mit automatisierbaren Tätigkeiten – deutlich weniger als die 47 Prozent in der Oxford-Studie.

Die ZEW-Ergebnisse zeigen, dass die Digitalisierung keine größere Gefahr für Arbeitnehmer darstellt. Zum einen ist es ein langwieriger Prozess, bis neue Technologien angewendet werden. Zum anderen kommt es manchmal auch ganz anders als erwartet: Statt ihren Job zu verlieren, haben Mitarbeiter oft die Chance, durch digitale Hilfestellungen neue Tätigkeiten wahrzunehmen. Oder es entstehen sogar neue Geschäftsfelder und Berufe.

Das IW Köln kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass die Digitalisierung dazu beitragen kann, Fachkräfteengpässe abzumildern: Wird das Potenzial der Digitalisie-

Das Potenzial der Maschinen

So viel Prozent der Arbeitnehmer übten 2012 Tätigkeiten aus, die mit hoher Wahrscheinlichkeit automatisiert werden können

Österreich	12	
Deutschland	12	
Spanien	12	
Slowakei	11	
Tschechien	10	
Italien	10	
Niederlande	10	
Norwegen	10	
Vereinigtes Königreich	10	
Kanada	9	
Dänemark	9	
Frankreich	9	
USA	9	
Irland	8	
Belgien	7	
Finnland	7	
Japan	7	
Polen	7	
Schweden	7	
Estland	6	
Südkorea	6	

Quelle: Arntz/Gregory/Zierahn (2016)
© 2016 IW Medien / iwd 26

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

rung vollständig genutzt, können die Unternehmen fast die Hälfte ihrer wegen Fachkräftemangel nicht besetzten Stellen abbauen – und das bei gleichbleibender Beschäftigung.

IW-Kurzbericht 29/2016

Sebastian Bußmann, Susanne Seyda:
Digitalisierung als Mittel gegen
Fachkräfteengpässe
iwkoeln.de/digitalisierung_und_fachkraefte

Gebildete Bundesbürger

Bildung. Immer mehr Bundesbürger haben einen Fachschul- oder Hochschulabschluss, parallel dazu sinkt der Anteil der Geringqualifizierten. Dass sich Bildung lohnt, zeigen die Arbeitslosenquoten der jeweiligen Qualifikationsgruppen.

Hinter dem Begriff Strukturwandel verbirgt sich ein Prozess, der sich über Jahre und Jahrzehnte hinzieht, praktisch aber nie endet – und schwer zu fassen ist. In einer Volkswirtschaft wie Deutschland bedeutet Strukturwandel vor allem, dass die Produktion von Waren und Dienstleistungen immer stärker vom Wissen geprägt wird. Mit anderen Worten: Das Wissen ist – neben Arbeit, Kapital und Boden – zum vierten Produktionsfaktor geworden und gewinnt stetig an Bedeutung.

Ermöglicht und angetrieben wird der Strukturwandel von Menschen mit der entsprechenden Qualifikation. Und davon gibt es in Deutschland immer mehr (Grafik):

Der Anteil der 15- bis 64-Jährigen mit Hochschulabschluss ist von 1996 bis 2014 um mehr als die Hälfte auf fast 17 Prozent gestiegen. Auch die Zahl der Meister, Techniker und Fachwirte – also der Absolventen einer Fachschule – nimmt zu: Ihr Anteil ist seit Mitte der 1990er Jahre um rund ein Viertel gestiegen.

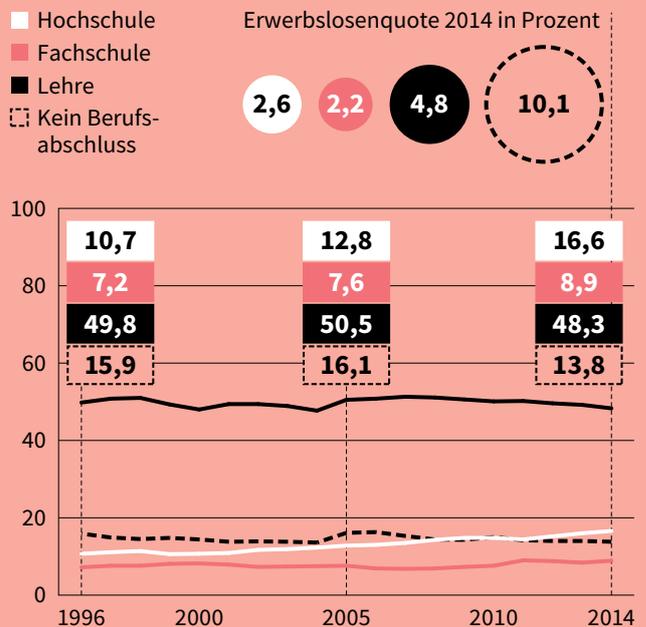
Parallel dazu ist die Gruppe der Bundesbürger ohne beruflichen Abschluss seit 1996 Stück für Stück kleiner geworden und hat mittlerweile nur noch einen Anteil von weniger als 14 Prozent.

Da die Angaben zum Bildungsabschluss bis 2004 freiwillig waren, weist der Langzeitvergleich an dieser Stelle allerdings einen Bruch auf. Denn insbesondere die Gruppen mit geringen oder mittleren Bildungsabschlüssen haben häufiger als andere keine Angaben gemacht. Seit 2005 ist die Auskunft jedoch verpflichtend und es zeigt sich, dass der grundsätzliche Befund nach wie vor stimmt: Der Anteil der Bundesbürger ohne Berufsabschluss ist weiterhin rückläufig.

Der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen spiegelt sich auch in den Zahlen zur Berufsausbildung wider. In diesem Segment ist die Quote seit 2005 zwar leicht gesunken – ohne den Rückgang bei den Gering-

Hohe Bildung, niedrige Arbeitslosigkeit

So viel Prozent der 15- bis 64-jährigen Bundesbürger hatten folgenden Bildungsstand



Rest zu 100 Prozent: noch in Ausbildung oder keine Angaben (bis 2004 waren die Angaben freiwillig); Fachschule: Meister, Techniker und Fachwirt inklusive zwei- oder dreijähriger Berufsausbildung an Schulen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie Erzieher

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2016 IW Medien / iwd 26

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

qualifizierten wäre dieses Minus allerdings noch stärker ausgefallen.

Grundsätzlich sinkt mit steigender Qualifikation das Risiko, arbeitslos zu werden. Folglich ist die Erwerbslosenquote in der Gruppe der Personen ohne Berufsabschluss mit 10,1 Prozent am höchsten. Die niedrigste Erwerbslosenquote – 2,2 Prozent – haben die Absolventen einer Fachschule, zu denen neben den Meistern, Technikern und Fachwirten auch die Absolventen einer zwei- oder dreijährigen Berufsausbildung im Gesundheits- und Sozialwesen sowie Erzieher gehören.

Betrachtet man ausschließlich die Meister, Techniker und Fachwirte, ist deren Erwerbslosigkeit mit 1,7 Prozent noch niedriger. Diese Gruppe lässt sogar die Akademiker hinter sich, die mit 2,6 Prozent allerdings auch ein sehr geringes Risiko haben, ohne Job dazustehen.

Folglich herrscht in jenen Berufen, die eine hohe Qualifikation voraussetzen, praktisch Vollbeschäftigung. Damit einher geht die Tatsache, dass viele Unternehmen mit Fachkräftengpässen zu kämpfen haben – vor allem in Gesundheitsberufen, in Elektro-, Maschinentechnik- und Metallberufen sowie in einigen Bau- und Gastronomieberufen.

Bessere Entscheidungen treffen

Verbraucherschutz. *Ungesundes Essen, ungenutzte Fitness-Abos, unrentable Finanzanlagen: Wenn Menschen etwas kaufen oder Verträge unterschreiben, handeln sie nicht immer zum eigenen Vorteil. Für den Schutz der Verbraucher – auch vor sich selbst – gibt es nun neue Ansätze. Sie verbessern die Entscheidungen der Menschen, ohne ihre Wahlfreiheit zu beschneiden.*

Bisherige Maßnahmen zum Verbraucherschutz setzen vor allem auf die Aufklärung der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Idee dahinter: Wenn die Menschen über alle Produkteigenschaften detailliert Bescheid wissen, treffen sie immer die beste Kaufentscheidung. Die Praxis zeigt allerdings, dass dem nicht so ist. So belegen empirische Untersuchungen der Verhaltensökonomik, dass der Mensch beim Einkauf nur begrenzt rational handelt. Oft gibt es einfach viel zu viele Informationen. Hinzu kommen Fehleinschätzungen, die zu spontanen und langfristig schädlichen Entscheidungen verleiten.

Während das Problem der eingeschränkten Rationalität nicht neu ist, mehren sich weltweit die Versuche, mit einem praxistauglicheren, modernen Verbraucherschutz gegenzusteuern. Die Grundidee ist, den Verbrauchern weiterhin die Entscheidungen zu überlassen, diese aber zu verbessern. Wie das gehen kann, zeigen vier typische Beispiele (Grafik):

Übergewicht. Mehr als jeder zweite Deutsche ist übergewichtig. Erfahrungsgemäß fällt es den Menschen trotz guter Vorsätze sehr schwer, ihre Ernährungsgewohnheiten umzustellen. Um das zu ändern, führte Dänemark 2011 eine Steuer auf fetthaltige Lebensmittel ein – und zeigte damit ungewollt, wie man es nicht machen sollte. Denn statt ihr Essverhalten zu ändern, kauften viele Dänen im Ausland ein. Nach zwei Jahren wurde die Steuer wieder abgeschafft.

Die verhaltensökonomische Forschung schlägt andere Lösungen vor. Sinnvoll ist zum Beispiel der Erfahrungsaustausch mit anderen Betroffenen. Auch gesunde Menüs in Schulen und Kantinen – als Standardangebot, nicht als Ausnahme – sind ein probates Mittel. Voraussetzung ist aber immer die freiwillige Teilnahme, denn sonst kann die gute Absicht Trotzreaktionen auslösen. So ernteten die Grünen mit ihrem „Veggie-Day“ für Kantinen im Wahljahr 2013 so viel mediale Entrüstung, dass sie den Vorschlag im nächsten Jahr in der Versenkung verschwinden ließen.

Informationsdefizite. Um die Verbraucher leichter durch die Flut an Informationen zu lotsen, sind Gütesiegel sehr verbreitet. Mittlerweile gibt es jedoch so viele davon, dass sie selbst als Teil des Problems empfunden werden. Deshalb wären Vereinfachungen und staatlich geprüfte Qualitätsstandards für die Siegelvergabe

Verbraucherschutz: Neue Lösungen für alte Probleme

Problem	Verhaltensökonomischer Ansatz
Übergewicht und ungesunde Ernährung	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewogene Menüs in der Kantine – Soziale Belohnung durch gemeinsamen Sport – Auffällige und leicht zugängliche Platzierung gesunder Lebensmittel
Informationsdefizite	<ul style="list-style-type: none"> – Grafische Darstellung von Informationen – Gütesiegel – Standardisierte Informationen
Kaum Anbieterwechsel	<ul style="list-style-type: none"> – Einfache, standardisierte Informationen – Schulfach Wirtschaft
Mangelhaftes Finanzwissen	<ul style="list-style-type: none"> – Finanzwissen weniger textlastig, sondern mehr in Videos und Bildern vermitteln – Motto: „Vertrauen statt Formulare“

Mangelhafte Kenntnisse über Finanzprodukte

So viel Prozent der 620 Befragten in Deutschland gaben folgende Antwort

- Kenne diese Produkte und weiß, wie sie funktionieren
- Kenne die Begriffe, weiß aber nicht, wie die Produkte funktionieren
- Habe keine Kenntnisse



Stand: 2014/2015

Quelle: Verbraucherzentrale Bundesverband
© 2016 IW Medien / iwd 26

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

hilfreich. Auch könnten die Unternehmen selber das Vertrauen in ihre Produkte aufbauen, indem sie zum Beispiel freiwillig mit Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace zusammenarbeiten.

Kaum Anbieterwechsel. Viele Verbraucher bleiben lange bei ein und demselben Vertragspartner für ihr Handy, den Strom oder das Fitnessstudio – selbst wenn sie durch einen Wechsel viel Geld sparen könnten. Laut einer kalifornischen Studie zahlen zum Beispiel die Kunden von Fitnessstudios per Abonnement im Schnitt 70 Prozent mehr, als wenn sie einen Tarif gewählt hätten, bei dem sie für jeden Besuch einzeln zahlen. In Deutschland gab 2013 jeder dritte Haushalt zu viel Geld für Strom aus, berichtet die Bundesnetzagentur.

Allein den Wettbewerb zwischen den Anbietern zu intensivieren, löst das Problem nicht, denn darauf reagieren die Verbraucher nicht. Vielmehr muss ihr

Wissen gestärkt werden – etwa darüber, dass sie ihren Willen, mehr Sport zu treiben, bei Vertragsabschluss oft überschätzen. Eine hilfreiche Verbraucherschutzmaßnahme ist die inzwischen eingeführte gesetzliche Begrenzung von Vertragslaufzeiten auf zwei Jahre. Zudem haben Fitnessstudio-Kunden ein Sonderkündigungsrecht bei Krankheit oder Schwangerschaft.

Mangelhaftes Finanzwissen. Die Deutschen investieren viel sicherheitsbewusster – und damit weniger gewinnträchtig – als Anleger aus anderen Ländern. Die aktuellen Niedrigzinsen und das sinkende Rentenniveau verschärfen das Renditeproblem zusätzlich. Doch um erfolgreich am Börsenhandel teilnehmen zu können, fehlt es an Kenntnissen. Eine Befragung des Bundesverbands der Verbraucherzentralen zeigt (Grafik):

Nur 10 Prozent der Bundesbürger wissen, wie Aktien und Investmentfonds funktionieren – bei Lebens- und Rentenversicherungen sieht es kaum besser aus.

Damit Banken und Versicherungen diese Wissenslücken nicht ausnutzen, hat der Gesetzgeber als Reaktion auf die Finanzkrise die Regulierung der Finanzberatung verschärft. Beratungsprotokolle und Produktinformationsblätter sollten die Position der Verbraucher stärken. Weil diese Regulierungen jedoch aufwendig und bürokratisch sind, verabschiedet sich manche Bank ganz aus der Aktienberatung für Kleinanleger. Laut Deutschem Aktieninstitut verzichtete 2014 gut ein Fünftel der Banker auf Beratungen über einzelne Aktien. Als wesentlichen Grund nannte die Hälfte von ihnen das Beratungsprotokoll, dem sie zudem nur einen geringen Einfluss auf die Beratungsqualität bescheinigten.

Damit neue Regulierungen möglichst nur jene Wirkungen haben, die im Sinne der Verbraucher sind, können sie zuvor in verhaltensökonomischen Untersuchungen überprüft werden. Bei der Geldanlage wäre zudem eine bessere Finanzbildung vonnöten und die Banken müssten alles daransetzen, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen.

Einige Regierungen setzen die neuen Vorschläge zum Verbraucherschutz bereits praktisch um. So beraten Verhaltensökonomien die Regierungen der USA und Großbritanniens – und seit März 2015 auch das Bundeskanzleramt.

IW-Analysen Nr. 106

Dominik H. Enste, Mara Ewers, Christina Heldman, Regina Schneider: Verbraucherschutz und Verhaltensökonomik – Zur Psychologie von Vertrauen und Kontrolle

iwkoeln.de/verbraucherschutz

Die Hüter des Wettbewerbs

Kartellbehörden. Unternehmen, die gegen das Prinzip des freien Wettbewerbs verstoßen, bekommen es mit den Kartellbehörden zu tun. Deren Strafen schwanken allerdings gerade auf EU-Ebene sehr stark – aus einem überraschenden Grund.

Vor kurzem hat die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission vier Lkw-Hersteller, darunter auch Daimler, wegen Preisabsprachen zu Geldbußen von insgesamt mehr als 2,9 Milliarden Euro verurteilt.

Dies ist nur eine der neuesten Entscheidungen der für Deutschland relevanten Wettbewerbs Hüter. Neben der EU-Kommission kümmert sich in rein nationalen Angelegenheiten auch das Bundeskartellamt um die Fusionskontrolle, die Kartellbekämpfung und die Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen.

Was die Hauptaufgabe Fusionskontrolle angeht, hatte die Kartellbehörde in Bonn zuletzt deutlich mehr zu tun als jene in Brüssel (Grafik):

Seit 2010 wurden beim Bundeskartellamt pro Jahr meist mehr als 1.000 Fusionen zur Genehmigung angemeldet – bei der EU-Kommission waren es im Schnitt etwa 300.

Ein Grund ist die hierzulande niedrigere Meldeschwelle. Erwirbt eine Firma mindestens 25 Prozent der Anteile einer anderen Firma, ist die Anmeldung beim Bundeskartellamt Pflicht. Für Brüssel sind nur solche Fusionen relevant, durch die sich die Machtverhältnisse in einem Unternehmen verschieben.

Das Bundeskartellamt fällt auch regelmäßig mehr Kartellurteile als die EU-Kommission, seine Strafen fallen jedoch deutlich geringer aus:

Im Jahr 2010 etwa betrug die von den deutschen Wettbewerbs-

schützern verhängten Bußgelder nicht einmal ein Zehntel der von Brüssel auferlegten Strafen.

Das liegt daran, dass sich die EU-Kommission mit europaweiten Kartellen befasst, die dem Wettbewerb meist mehr schaden.

In den Jahren 2011 und 2015 allerdings blieben die von Brüssel verhängten Strafen jeweils deutlich unter 1 Milliarde Euro. Warum? 2010 und 2014 wurde jeweils ein neuer Wettbewerbskommissar ernannt. Offenbar bemühte sich der jeweilige Vorgänger, seine Altfälle abzuarbeiten, sodass neue Fälle erst „nachwachsen“ mussten.



Mehr dazu lesen Sie unter: link.iwd.de/kartellbehoerden

Kartelle zur Kasse

Die Arbeit der Kartellbehörden in Deutschland und der EU in Zahlen

■ Bundeskartellamt □ Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission

Jahr	Zur Genehmigung angemeldete Fusionen		Kartellurteile		Kartellstrafen in Millionen Euro	
	Bundeskartellamt	EU-Kommission	Bundeskartellamt	EU-Kommission	Bundeskartellamt	EU-Kommission
2007	2.242	402	3	8	435	3.300
2008	1.675	348	7	8	314	2.300
2009	998	259	8	6	298	1.623
2010	987	274	8	6	267	2.846
2011	1.108	309	16	4	190	613
2012	1.127	283	17	5	316	1.876
2013	1.091	277	11	4	240	1.665
2014	1.188	303	9	10	1.117	1.689
2015	1.100	337	11	5	208	365

Fusionsanmeldungen beim Bundeskartellamt 2015: geschätzt

Quellen: Bundeskartellamt, EU-Kommission
© 2016 IW Medien / iwd 26

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistenz: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

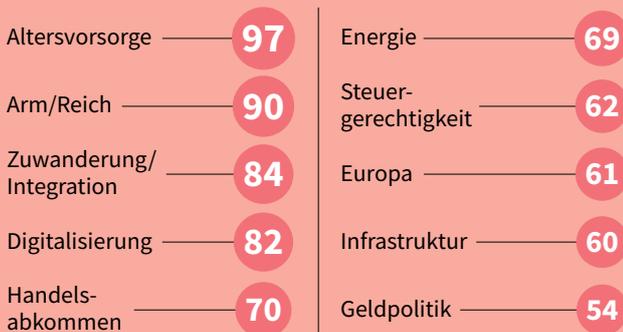
iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Die Wirtschaftsthemen der Zukunft

Die Altersvorsorge, die Kluft zwischen Arm und Reich sowie der Bereich Zuwanderung und Integration – das sind die drei Themen, an denen nach Meinung von Journalisten das Interesse in nächster Zeit am meisten zunehmen wird. Gefragt, welches das Wirtschaftsthema des Jahres 2016 sein wird, entschieden sich die meisten Medienleute für die Flüchtlingskrise. Aber auch der Brexit – der Anfang Juni, dem Zeitpunkt der Umfrage, noch nicht beschlossen war – und das Handelsabkommen TTIP wurden häufig genannt. Zu den Themen, die nach Einschätzung der Journalisten zu kurz kommen, zählen die Rente, die Steuergerechtigkeit, die Geldpolitik – und Europa.

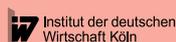
Alter und Armut im Blickpunkt

So viel Prozent der befragten Journalisten sind der Meinung, dass das Interesse an diesen Themen in nächster Zeit wachsen wird



Befragung von 158 Journalisten verschiedener Medien im Juni 2016

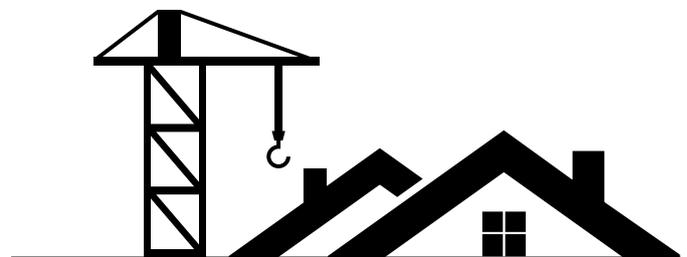
Quelle: Ernst-Schneider-Preis der deutschen
Industrie- und Handelskammern
© 2016 IW Medien / iwd 26



Zahl der Woche

148.391

Baugenehmigungen für Wohnungen wurden in Deutschland von Januar bis Mai 2016 erteilt, fast 35.000 mehr als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015. Berechnungen des IW Köln zufolge müssten bis 2020 jährlich mindestens 310.000 Wohnungen fertiggestellt werden – bei anhaltend hoher Zuwanderung sogar bis zu 380.000.



Neu auf iwd.de: Wochenarbeitszeit im Wandel

Die wöchentliche Arbeitszeit in Deutschland ist seit den 1950er Jahren kräftig verringert worden. Eine wichtige Geschäftsgrundlage für die heutigen Arbeitszeitmodelle war der sogenannte Leber-Kompromiss von 1984. Dieser bot den Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie erstmals die Möglichkeit, ihr Arbeitszeitvolumen flexibel zu gestalten und modernen Produktionsstrukturen gerecht zu werden.

